

# ISOR aktuell

Nr. 6/97 ★ Infopreis: 0,0 DM ★ Spenden willkommen ★ Juni 1997

## Rentenversicherung armutsfest, gerechter und attraktiver gestalten

Von den Oppositionsparteien des Bundestages SPD und PDS wurden Vorschläge für eine Rentenreform eingebracht. Die PDS-Bundestagsgruppe übergab der Öffentlichkeit ein Dokument „Ansätze für eine alternative Rentenreform 2000“ unter dem Titel „Gebt der Rente eine Chance!“ Die SPD veröffentlichte Vorschläge ihrer Alterssicherungskommission „Strukturreform statt Leistungskürzung“.

Nachfolgend veröffentlichen wir wesentliche Auszüge aus der *Erklärung der PDS-Bundestagsgruppe* zu ihrem Dokument; weiterer Platz steht uns leider nicht zur Verfügung.

Einleitend erklärt sie, daß die PDS-Bundestagsgruppe die Vorschläge der Regierungskoalition zur Reform der Rentenversicherung ablehnt, weil unsozial und systemzerstörend. Weiter heißt es in der Erklärung: „Die Rentenansprüche derjenigen zu kürzen, die tagtäglich um Arbeitsplätze kämpfen müssen, deren Erwerbsbiographien durch Arbeitslosigkeit oder Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt kaum für eine ausreichende Alterssicherung sorgen und andererseits die rasant wachsenden Gewinne der Unternehmen unangetastet zu lassen, ist Ausdruck für den neoliberalen Umbau des Sozialstaates.“

Die PDS betrachtet ihre Vorschläge als Alternative, die den sozialstaatlichen Charakter des Rentensystems bewahren und die Grundlagen der solidarischen Rentenversicherung erneuern wolle.

Es wird davon ausgegangen, „daß, wenn überschaubare Belastungen sachgerecht ausgeglichen werden, die gesetzliche Rentenversicherung in ihrer heutigen Verfaßtheit bis zum Jahre 2015 funktioniert.“

Es bleibe also genügend Zeit, „einen breiten seriösen gesellschaftlichen Diskussionsprozeß über die neuartigen Herausforderungen von Arbeitswelt und demographischer Entwicklung für die Rentenversicherung in Gang zu setzen und mit einer Rentenreform 2000 abzuschließen.“ So könne der älteren Generation Sicherheit und der jüngeren und mittleren Generation Zuversicht vermittelt werden. Das finanzielle Fundament der Rentenversicherung müsse an die tatsächliche Leistungskraft der Gesellschaft gebunden werden.

Mitteilungsblatt  
der Initiativegemeinschaft  
zum Schutz der sozialen Rechte  
ehemaliger Angehöriger  
bewaffneter Organe und  
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Die Bundestagsgruppe der PDS stellt folgende Forderungen:

❖ „Das Rentenniveau ist bei 70 Prozent des aktuellen durchschnittlichen Lohn- und Gehaltsniveaus zu halten, denn die gesetzliche Rente hat eine lebensstandardsichernde Funktion, die nicht zu einer Minimalversorgung degradiert werden darf.“

❖ Bei der Dynamisierung der Renten darf es nicht zu Null- oder gar Minusrunden kommen, und das Rentenniveau in den neuen Bundesländern ist bis zum Jahre 2000 an das der alten Bundesländer anzugleichen.

❖ Es werden keinerlei Leistungskürzungen in der Rentenversicherung vorgenommen, und die Maßnahmen aus dem sogenannten Sparpaket sind zurückzunehmen.

❖ Die Beiträge für die Rentenversicherung dürfen maximal 20% betragen und der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung wird um 30 Mrd. DM erhöht. Der damit erreichte Anteil des Bundeszuschusses von 30% an der Gesamtsumme der Rentenzahlungen wird der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für das Funktionieren der solidarischen Versicherung gerecht. Nicht alle Leistungen, die nicht beitragsgedeckt sind, werten wir als versicherungsfremd. Dahinter verbergen sich auch Solidarausgleiche, wie Zeiten der Kindererziehung und Pflege, Ausbildung und Studium.

❖ Die Besteuerung von Renten darf nicht ausgeweitet werden.

Um die Rentenversicherung armutsfest und gerechter zu machen, darf sie nicht mehr allein auf die Erwerbsbiographie ausgerichtet sein, sondern muß die Lebensleistung anerkennen. Die Anerkennung bisher unbezahlt geleisteter und nicht oder nur gering bewerteter Arbeit würde insbesondere Frauen endlich im Alter sichern.

Dazu ist es notwendig:

❖ Eine bessere Anerkennung von Kindererziehungszeiten, vorgeschlagen werden 3 Jahre für ein Kind, neun Jahre für zwei Kinder und 15 Jahre für drei und mehr Kinder mit durchschnittlichem Einkommen additiv zu anderen Anwartschaften,

❖ die Bewertung von häuslicher Pflegetätigkeit mit dem durchschnittlichen Einkommen aller Versicherten,

❖ die modifizierte Anwendung der Rente

nach Mindestentgeltpunkten, wodurch niedrige Einkommen bei mindestens 25 Jahren rentenrechtlichen Zeiten aufgewertet werden,

❖ die Versicherungspflicht für jede bezahlte Arbeitsstunde, wobei bei Einkommen unterhalb des Existenzminimums der Arbeitgeber den vollen Beitrag alleine zu tragen hat,

❖ die uneingeschränkte rentenrechtliche Anerkennung der Zeiten von Weiterbildung und Arbeitslosigkeit,

❖ die Schaffung aufeinander abgestimmter, flexibler Formen gesundheitlicher Rehabilitation, Berufstätigkeit und ergänzender Rentenleistungen für chronisch Kranke.

Für Menschen mit Behinderungen, die nie einer Erwerbstätigkeit nachgehen können, ist ein existenzsichernder Nachteilsausgleich einzuführen. Und um alle Armutsrisiken auszuschließen, sind die Rentenleistungen, die unterhalb des Existenzminimums bleiben, durch eine steuerfinanzierte Grundsicherung aufzustocken.

Für die Zukunft der Finanzierung der Rentenversicherung ist unser Credo: Umverteilen von oben nach unten. Neben der deutlichen Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und der Ausweitung der Versicherungspflicht auf jede und jeden, also auch für Selbständige, Beamte, Abgeordnete, MinisterInnen usw., wird vor allem vorgeschlagen, die Wertschöpfung als neue Bemessungsgrundlage für die Beitragsanteile der Arbeitgeber zu bestimmen. Das zöge die Unternehmen entsprechend ihrer Leistungskraft zur Finanzierung der Rentenversicherung heran, entspräche den veränderten Ertragsbedingungen in der Arbeitswelt und böte Spielräume für eine Ausgestaltung der solidarischen Rentenversicherung.

Um die Rentenversicherung in Zukunft attraktiver zu gestalten, muß begonnen werden,

❖ die lebensstandardsichernde Funktion der Rente zu stärken, indem sich das Standardrentenniveau nicht mehr an 45 Erwerbsjahren zum durchschnittlichen Einkommen orientiert, sondern an den durchschnittlich erreichten Jahren von Erwerbstätigkeit,

❖ den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand statt relativ starr künftig flexibel über Lebensarbeitszeitkonten zu ermöglichen, ohne die Altersgrenze anzuheben und

❖ langfristig alle Alterssicherungssysteme im Interesse sozialer Gerechtigkeit zu harmonisieren.

Die solidarische Rentenversicherung hat Chancen in der Zukunft. Es gibt keine Sachzwänge, die nur einen Weg zulassen. Der politische Wille wird entscheiden, wie die Rentenversicherung perspektivisch aussieht. Unser Oppositionsangebot liegt vor.“

★

Beide obengenannten Dokumente werden allen Vertretern auf der Vertreterversammlung überreicht und zur Diskussion gestellt.

## Eindrücke vom Ostdeutschen Kongreß

### Für eine gesicherte Zukunft Deutschlands

Am 23. und 24. Mai 1997 fand im Haus am Kölnischen Park in Berlin der Ostdeutsche Kongreß statt, organisiert vom Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden e.V.

In 13 Workshops/Arbeitskreisen mit insgesamt ca. 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern (allein am Thema „Rentenrecht – wie weiter?“ beteiligten sich über 100 Interessierte) wurde am 23. heiß und lebhaft diskutiert.

Am 24. zur Veranstaltung im Plenum, auf dem insgesamt 27 Rednerinnen und Redner nicht nur zu Wort kamen, sondern auch etwas zu sagen hatten, war der große Saal des Hauses besetzt.

ISOR ist einer der 36 Verbände bzw. Vereine, die sich im Ostdeutschen Kuratorium zur engen Zusammenarbeit aller Gleichgesinnten zusammengeschlossen haben. Folglich beteiligten sich Vorstand und Vertreter der TIG aktiv am erfolgreichen Zustandekommen des Kongresses – die Professoren Dr. Hellmann und Dr. Edelmann am Rentenforum ebenso, wie Freunde aus den TIG Friedrichshain, Mitte und Treptow bei der Sicherung des Einlaßdienstes an beiden Tagen und interessierte Freunde aus TIG am Kongreß selbst.

Einige Eindrücke aus der Vielzahl der engagiert und emotional vorgetragenen Beiträge sollen hervorgehoben werden:

❖ Wie ein roter Faden zog sich durch alle Reden und Diskussionen der Appell an alle Betroffenen der gesellschaftlichen Diskriminierung, den Kampf um die verletzten Menschenrechte niemals aufzugeben, sich zusammenzuschließen und sich zu wehren (so Prof. Dr. Wolfgang Richter als Präsident des Kuratoriums), sich die eigene Identität nicht nehmen zu lassen (so Dr. Modrow), sich nicht entsolidarisieren zu lassen und insbesondere für das Recht auf Würde einzustehen (so die Schriftstellerin Gisela Steinecker).

❖ Im Workshop über Renten erhoben Prof. Dr. Steiniger vom Akademischen Ruhestandsverein und Dr. Martina Bunge, Mitarbeiterin der PDS-Bundestagsgruppe, die Forderung, den parlamentarischen und außerparlamentarischen Druck gegen das Rentenrecht zu erhöhen und persönliche Schreiben besonders an den Petitionsausschuß des Bundestages, aber auch an Vertreter der Regierung, einzelne Abgeordnete sowie mehr noch an internationale Gremien zu richten und den Widerstand auf allen Ebenen zu verstärken.

In dieser Diskussion über die Herstellung des Rentenrechts für alle ehemaligen Bürger der DDR erwies sich Frau Dr. Bunge als überaus sachkundige und engagierte Expertin. Sie unterbreitete neben konkreten Schritten zur Lösung offener Rentenfragen ein „alternatives Rentenkonzept 2000“ der Bundestagsgruppe der PDS. (Siehe Seite 1)

❖ Großen Eindruck hinterließ die Vielzahl der Rednerinnen und Redner am zweiten Tag, die aus den unterschiedlichsten Schichten und betroffenen Berufen (übrigens auch aus der Alt-BRD) sprachen, so u.a. Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller und Schriftstellerinnen, Vertreterinnen der Frauenbewegung, Politiker (leider nur von der PDS), Vertreter aus den Vereinen/Verbänden, führende Vertreter der Gewerkschaften aus Thüringen und Brandenburg, eine vom Berufsverbot betroffene Lehrerin aus Niedersachsen und ein Pfarrer aus Thüringen, ein Vertreter der Initiative „Kundschafter für den Frieden“ aus der BRD.

#### Zitat des Monats:

*„Helmut Kohl hat angekündigt, für die Wahl 1998 wieder als Kanzlerkandidat zur Verfügung zu stehen. Er ist dann ein Jahr länger im Amt als Adenauer, fünf Jahre länger als Helmut Schmidt und fünfzehn Jahre länger als nötig.“*

Friedrich Küppersbusch  
in „Privatfernsehen“, ARD, 5. April 1997

❖ Mit Bedauern und Mißfallensäußerungen wurde von den Kongreßteilnehmern zur Kenntnis genommen, daß trotz schriftlicher Einladung die ostdeutschen Bundestagsabgeordneten der CDU und FDP, aber auch leider die der SPD und der Grünen (so z.B. beim Workshop „Renten“ die Herren Krüger, CDU, Dreßler und Frau Mascher, SPD), mit teilweise eigenartigen Begründungen ihre Teilnahme absagten. Die Wahlen sind wohl noch zu weit entfernt, meinten einige Teilnehmer. Dagegen war die PDS sowohl in den Workshops als auch im Plenum aktiv und konstruktiv vertreten, z.B. Wolfgang Gehrcke und Dr. Hans Modrow im Plenum, Dr. Martina Bunge und Petra Bläß im Rentenforum.

❖ Aus den vielen Initiativanträgen und vorgetragenen Forderungen seien beispielhaft folgende genannt:

● Weg mit den Berufsverboten und Diskriminierungen von ehemaligen DDR-Bürgern aus politischen Gründen.

● Schluß mit dem Renten- und Versorgungsrecht, endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts, Schließung weiterer Überführungslücken.

● Beendigung politisch motivierter Strafverfolgung ehemaliger Bürger der DDR und von Kundschaftern der DDR in der Alt-BRD, Freilassung der Inhaftierten und Rehabilitation der Betroffenen.

● Nicht zuletzt auch die Forderung nach Verhinderung der vorgesehenen 50prozentigen Steigerung der Nutzungsentgelte für Erholungsgrundstücke.

Der Kongreß begrüßte und unterstützte einmütig die Erfurter Erklärung. Das Ostdeut-

sche Kuratorium von Verbänden wird zum Dritten Staatenbericht der Bundesregierung an die UNO zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten einen eigenen Bericht anfertigen und darin die Probleme der Ostdeutschen besonders zu Gehör bringen.

Man kann ohne Übertreibung feststellen, daß der Kongreß auch die Interessen der in der ISOR zusammengeschlossenen Freundinnen und Freunde voll vertreten hat. Er sollte uns ermutigen, unsere Solidarität zu festigen, im Kampf um die Rechte der ehemaligen DDR-Bürger nicht nachzulassen und die persönlichen Beschwerden, Proteste bzw. Forderungen an betreffende nationale und internationale Gremien zu richten.

Sein Aufruf an alle angeschlossenen Verbände bzw. Vereine, sich noch wirksamer für die Interessen ihrer Mitglieder einzusetzen, geht auch an alle Mitglieder unserer Initiativgemeinschaft. Gerhard Dylla

#### DGB-Senioren

##### fordern Rentengerechtigkeit

Auf einer Tagung „Verteidigung des Sozialstaates“ (21-23.4.97) verabschiedeten 72 Seniorenvertreter der DGB-Gewerkschaften aus Berlin und den neuen Bundesländern, der DAG und der Arbeitsgemeinschaft 60plus (SPD) von Berlin und Brandenburg eine Erklärung zu aktuellen Fragen des Rentenrechts, in der es u.a. heißt: „Mit dem AAÜG-ÄndG vom November 1996 wurden wesentliche Fortschritte erreicht, aber nach wie vor ist die politisch-moralische Wertneutralität im Renten- und Versorgungsrecht für viele Bürger der neuen Bundesländer nicht hergestellt, gibt es wesentliche Ungerechtigkeiten durch das RÜG/AAÜG und werden rechtmäßig erworbene Versorgungsansprüche und -Anwartschaften für hunderttausende Bürger der neuen Bundesländer nicht anerkannt... Darum fordern wir, daß die in der DDR rechtmäßig erworbenen Renten- und Versorgungsansprüche und -Anwartschaften bestandskräftig bleiben. Dazu müssen die in Gesetzen festgelegten Einschränkungen im Sinne der erworbenen Ansprüche umgehend durch eine Gesetzesinitiative verändert werden.“

#### VdK und BRH

##### gegen Bonner Rentenpläne

Nach „VdK-Zeitung“ Nr. 5/97 hat sich VdK-Präsident Walter Hirrlinger bezogen auf die Bonner Rentenreformpläne unmißverständlich gegen die Absenkung laufender Renten ausgesprochen und für diesen Fall eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht angekündigt.

BRH-Bundesvorsitzender Heinz Werhahn betonte in der Zeitung „Im Ruhestand“ Nr. 6/97, „es wird höchste Zeit, daß sich die Rentner zur Wehr setzen.“ Dazu werde der BRH auf dem Bundesvertretertag ein Zeichen setzen. Er stehe deshalb unter dem Motto:

„Eins ist sicher – Wir wehren uns“.

## Aus der Postmappe

In einem Brief an die Redaktion wendet sich Harry Linde (TIG Chemnitz) gegen die Meinung mancher ISOR-Mitglieder, daß bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes Protestschreiben und Petitionen in Sachen Rentenstrafrecht unnötig seien. „*Wer solcher Auffassung ist, der verkennt, daß das Bundesverfassungsgericht lediglich die Verfassungswidrigkeit bzw. -konformität der gegenwärtigen gesetzlichen Regelungen feststellen und die Politiker in Bonn gegebenenfalls zu entsprechenden Änderungen auffordern wird,*“ argumentiert Harry Linde und fährt fort: „*Wann und wie solche Änderungen erfolgen, liegt dann erneut bei der Bundesregierung und beim Bundestag und wird wesentlich mit vom Umfang und von der Stärke des außerparlamentarischen Drucks von unten abhängen.*“ Daher betrachte es die TIG Chemnitz als wichtiges Anliegen, daß möglichst viele Mitglieder, auch jene, für die mit dem AAÜG-Änderungsgesetz ein Teilerfolg erlangt wurde, den Forderungen nach Rentengerechtigkeit für alle noch größeren Nachdruck verleihen.

Harry Linde erinnert an die Tatsache, „*daß außer den wegen 'Staatsnähe zur DDR' nach wie vor bestraften Rentnern zugleich auch unzählige 'normale' Rentner von Benachteiligungen bei der Rentenzahlung betroffen sind. Es führt für über zwei Millionen Rentner, vorwiegend Frauen, die sogenannte Auffüllbeträge zu ihrer Rente erhalten, das von der Bundesregierung gebrochene Versprechen, diese Auffüllbeträge erst abzuschmelzen, wenn die Ostrenten den Westrenten gleichgestellt sind, zu Realeinkommensverlusten über Jahre und Jahrzehnte hinweg ... Des weiteren erhält eine ebenfalls große Zahl von Rentnern, auch wieder vorwiegend Frauen, nur deshalb geringe Renten, weil ihre freiwilligen Beiträge zur Rentenversicherung der DDR bei der Rentenbewertung nach dem Rentenrecht der BRD ungenügende Beachtung fanden.*“

*Zu beiden Sachverhalten laufen Petitionsverfahren beim Petitionsausschuß des Bundestages, und wir sollten betroffenen Verwandten, Freunden und Bekannten, die es noch nicht getan haben, anraten, sich mit Petitionen an diesen Ausschuß zu wenden, um mit Nachdruck auf ihre persönliche Situation aufmerksam zu machen und entsprechende Änderungen einzufordern.“*

## TIG in Kürze

Am Vorabend des 1. Mai beteiligten sich Mitglieder der TIG **Wolgast** an einem Protestmarsch unter der Losung „*Es geht ums Ganze – Sozialstaat sichern, Arbeit schaffen, soziale Gerechtigkeit verwirklichen*“, zu dem der DGB aufgerufen hatte. Vorstand und Arbeitsgruppe Recht der TIG führten am 15. Mai für alle Witwen/Witwer

und interessierte Bürger aus dem Kreis der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR unter dem Thema „*Für die Zukunft der Renten müssen alle Kräfte mobilisiert werden*“ eine zwanglose Beratung bei einer Tasse Kaffee durch. Gleichzeitig wurde über die Umsetzung des AAÜG-ÄndG und des Beschlusses des Bundessozialgerichts vom 25.3.97 informiert und Fragen beantwortet.

★

Die Mitglieder der TIG **Berlin-Friedrichshain** zogen auf ihrer Jahresvollversammlung im April Bilanz über die bisherige Tätigkeit. Als entscheidendes Ergebnis konnte festgestellt werden, daß das jahrelange gemeinsame Bemühen zu einer spürbaren Korrektur der Rentengesetzgebung führte. Dies wurde nur erreicht, weil alle Betroffenenverbände eng zusammenwirkten, sich miteinander solidarisierten. Die anwesenden Vertreter der anderen Verbände bekräftigten, auch weiterhin alle Kraft dafür einzusetzen, daß die erreichten Erfolge gesichert und die noch bestehenden Strafbestimmungen im Rentenrecht ebenfalls beseitigt werden.

ISOR-Vorstandsmitglied Prof. Dr. Hellmann legte dar, daß in den letzten Jahren bereits viel erreicht wurde, jedoch noch eine intensive Arbeit zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechtes zu leisten ist. Weiterhin informierte er über die beispielhaften Aktivitäten der Rechtsanwälte Bleiberg und Schippert sowie über ihre Bereitschaft, die Anliegen von ISOR auch in den noch folgenden Prozessen wirksam zu vertreten.

In einer Willenserklärung bekräftigten die Mitglieder, auch in Zukunft mit allen anderen Interessenverbänden zusammenzuarbeiten, die ähnliche Interessen verfolgen. Die Mitglieder der TIG werden auch weiterhin Solidarität üben mit allen ehemaligen Bürgern der DDR, die wegen ihrer politischen und staatlichen Tätigkeit ausgegrenzt, diskriminiert und einer Strafverfolgung ausgesetzt werden.

★

Unter dem Motto „*Gemeinsamkeit macht stark*“ rief der TIG-Vorstand **Schwerin** in der Presse alle Mitglieder und Sympathisanten auf, sich aktiv an der gemeinsamen Veranstaltung des DGB, der SPD und der PDS am 1. Mai im Alten Garten in Schwerin zu beteiligen. Mit einem eigenen Infostand machte unsere TIG auf Ziele und bisherige Ergebnisse des Kampfes für soziale Gerechtigkeit aufmerksam und gewann vier neue Mitglieder für unsere Organisation. **Siegfried Felgner**

★

Die TIG **Berlin-Pankow** war auch auf dem „7. Nordberliner Früh-Links-Fest“ am 3. Mai in der Sportanlage Schönholzer Heide mit einem Informationsstand präsent. Die TIG sammelte von den Besuchern des Festes Unterschriften unter eine Petition an den Petitionsausschuß zur vollständigen

Beseitigung des Rentenstrafrechtes.

★

Die TIG **Güstrow** wandte sich mit einem Brief an den Vorsitzenden der Fraktion der SPD im Bundestag, Rudolf Scharping, in dem es u.a. heißt, „*... mit der Verabschiedung der Novellierung des AAÜG am 27.9.1996 ist für einen großen Teil unserer Mitglieder eine soziale und rentenrechtliche Besserstellung erreicht worden. Wir sehen darin unseren Erfolg jahrelangen Bemühens gemeinsam mit anderen Betroffenen im Kampf um Rentengerechtigkeit in Ostdeutschland... Aber bei aller Wertschätzung der Gesetzesänderung bleibt es für die Mitarbeiter des ehemaligen MfS/AfNS bei der grundgesetzwidrigen Kürzung auf 70% der Durchschnittsrente und bei der Verweigerung der Unfallrente. Diese Tatsache ist für uns weiterhin ernsthafter Anlaß, in solidarischer Gemeinschaft für die Wiederherstellung der politisch-moralischen Wertneutralität des Rentenrechts einzutreten.*“

*Unser entschiedener Protest richtet sich gegen eine Fortsetzung des Rentenstrafrechtes.*

*Wir fordern eine angemessene Entschädigung aller Dienstbeschädigten aus früher gewählter Dienstbeschädigtenrente. Entschieden lehnen wir die verweigerte Nachzahlung aller einbehaltenen Rentenkürzungen ab...*

*Die seit dem 1.1.1997 vom Rentenstrafrecht befreiten Mitglieder werden sich auch weiterhin in Solidargemeinschaft am Kampf gegen jegliches Rentenunrecht beteiligen...“*

★ ★ ★

Die TIG **Gera** hat im Zusammenwirken mit der TAG der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung organisiert, daß Mitglieder und Sympathisanten an einer Gerichtsverhandlung gegen die ehemalige Staatsanwältin Paula Schulz und die ehemalige Richterin Margita Oehler wegen angeblicher Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung teilnahmen und so den Angeklagten ihre Solidarität bekundeten. Wie haltlos die Beschuldigungen sind, zeigt die Tatsache, daß nach monatelangem nervenzermürendem Verfahren beide von der Anklage freigesprochen werden mußten.

★

Die Mitgliederversammlung der TIG **Stendal** wandte sich in einem Offenen Brief an den vorsitzenden Richter am Landgericht Stendal mit der Forderung, aus rechtsgrundsätzlichen Erwägungen ein dort anstehendes Verfahren gegen ehemalige Angehörige der Grenztruppen einzustellen.

## Der Vorstand teilt mit

Auf seiner Beratung am 28. Mai befaßte sich der Vorstand u.a. mit dem Entwurf des Berichtes an die Vertreterversammlung, dem Stand der Vorbereitung der Vertreterversammlung und der Erfüllung des Haushaltsplanes 1. Quartal 1997.

**Der Vorstand dankt allen Spendern, die mit ihrer Zuwendung das Wirken der ISOR im Kampf um Rentengerechtigkeit und Beseitigung des Rentenstrafrechts unterstützen.**

### Aus dem Vereinsleben

Um das Zusammengehörigkeitsgefühl bei den Mitgliedern der TIG Hettstedt zu stärken, hatte der Vorstand die Mitglieder mit Ehepartnern anlässlich des 1. Mai zu einer Zusammenkunft eingeladen. Nach Hinweis des Vorsitzenden auf die Bedeutung des Tages wurden in zwangloser Unterhaltung einige Stunden beim Fröhlichschoppen verbracht. E. Seeland

★

Zur Förderung des Vereinslebens und zur Vertiefung von Kenntnissen in der Landschaftsentwicklungsplanung Sachsen-Anhalts besichtigten Mitglieder und Familienangehörige der TIG Gräfenhainichen ein Projekt „Ferropolis – die Stadt aus Eisen“. Wertvolle Erfahrungen über die Gestaltung eines Sanierungstagebaues wurden vermittelt.

Eine Besichtigung ist nach vorheriger Befragungsgenehmigung möglich:

LMBV mbH – Öffentlichkeitsarbeit Bitterfeld, Tel: 03493-641747, Fax: 03493-641544

★

### Forum

Hans Gödicke aus Gräfenhainichen unterbreitet u. a. folgende Erfahrungen:

*Innerhalb der TIG legt er großen Wert auf eine wirksame individuelle Arbeit mit den Mitgliedern. Weiter betont er, daß die persönliche Beteiligung jedes einzelnen am Protest für den letztendlichen Erfolg unabdingbare Voraussetzung ist, was man nicht dem Selbstlauf überlassen könne.*

*In den TIG-Versammlungen darf auch die Information über kommunales Geschehen nicht zu kurz kommen.*

*Weiter wünscht er sich Hinweise über den Verfahrensweg und den Inhalt der Arbeit für die Zusammenarbeit und Mitarbeit in den Seniorenräten der Kreise und Städte als kommunale Gremien. Da in der Redaktion keine solche verallgemeinerungswürdigen Erfahrungen vorliegen, bitten wir die TIG, darüber zu berichten.*

*Um gegenüber jüngeren ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS konkrete Aussagen über die eintretenden finanziellen Verluste bei der späteren Rentenberechnung machen zu können, wird angeregt, dazu ein Material zu erarbeiten.*

★

Werner Käseberg aus Strausberg teilt uns seine Gedanken mit:

*„ISOR beklagt den Rückgang der Solidarität und von Zuschriften an führende Politiker/Iden Petitionsausschuß, weil viele*

*glauben, mit der Rentenstraffreiheit ihr Ziel erreicht zu haben. Diese Situation war aber voraussehbar, weil sich ISOR zu ausschließlich für die Beseitigung der Strafrente einsetzt.*

*Als absoluter Schwerpunkt ist das richtig, grenzt aber Aktivitäten weitgehend aus, die sich für viele Mitglieder in vielfältiger Form*

■ *aus der Steuer- und Finanzpolitik dieses Staates und*

■ *aus dem Kampf dieses Staates gegen alles, was DDR-Relikte sind, ergeben.*

*Auch merkte man bisher wenig von einem geselligen Vereinsleben, wovon z. B. positiv die TIG Bad Salungen/Schmalkalden (Nr. 3/97) berichten konnte.*

*Ich möchte sagen, daß bei Beibehaltung des Hauptzieles der Arbeit vor allem in den TIG komplexer gearbeitet werden müßte und daß „ISOR aktuell“ darüber zielgerichteter informieren sollte.*

*Nehmen wir doch dabei zur Kenntnis, daß die DDR-Tugenden bei den Bürgern nicht so fest verankert waren, wie wir glaubten und daß sich eben immer mehr den jetzigen Lebensbedingungen/-prinzipien anpassen.*

*Molière hat es schon richtig gesagt, daß wir auch dafür verantwortlich sind, was wir nicht tun (Nr. 3/97)*

Werner Käseberg, Strausberg

### Die AG Recht informiert

#### Vorsicht bei Vorschußzahlung auf Dienstbeschädigtenausgleich

In „ISOR aktuell“ haben wir bereits auf die zu erwartenden Bescheide über Vorschußzahlung auf Dienstbeschädigtenausgleich hingewiesen. Jetzt liegen die ersten Bescheide vor. Sie sind Ausdruck der Absicht, die Zahlung des Dienstbeschädigtenausgleichs vom Ergebnis der Neufestlegung des Grades des Körper- oder Gesundheitsschadens abhängig zu machen. Dabei werden voraussichtlich die härteren Bestimmungen der BRD angewandt. Der Anforderung zu dieser Untersuchung muß man Folge leisten.

Leider besteht praktisch keine Möglichkeit, erfolgreich gegen die ggf. ungünstigere Neufeststellung des Grades des Körper- und Gesundheitsschadens vorzugehen. Es sei denn, es liegen nach medizinischen Gesichtspunkten gravierende Fehleinschätzungen vor, gegen die man einen teuren Gutachterstreit erfolgreich durchstehen kann.

Diese Praxis der Umsetzung des Gesetzes über die Regelung des Dienstbeschädigtenausgleichs ordnet sich deutlich in die herrschende Politik ein, Sozialleistungen möglichst nicht zu zahlen, sondern zu sparen.

Wir sehen uns zu dem Hinweis verpflichtet, die erhaltenen Vorschußzahlungen auf Dienstbeschädigtenausgleich höchst vorsichtig auszugeben. Man muß mit Rückforderungen rechnen, die nach geltendem Recht nicht abgewehrt werden können.



### Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Hans Baumann, Chemnitz

Günter Bork, Delitzsch

Günther Bormann, Potsdam-Wildpark-West

Wolfgang Götze, Halle

Gerd Gudd, Woltersdorf

Kurt Gückel, Cottbus

Otto Hering, Cottbus

Karl Hundt, Hettstedt

Hans Huth, Bitterfeld

Emil Jüngling, Frankfurt/Oder

Günter Knöfel, Cottbus

Willi Laupert, Hettstedt

Rudi Nitzsche, Chemnitz

Ernst Reisenweber, Berlin-Hellersdorf

Erwin Ritz, Bützow

Marianne Schmidt, Berlin-Treptow

Siegfried Schulze, Emseloh

Harri Stache, Bautzen

Gerhard Stapusch, Rostock

Heinz Wingrich, Wolfen

Peter Winter, Prenzlau

Gerhard Zipfel, Greifswald

*Ehre ihrem Andenken.*

### IMPRESSUM

Herausgeber: Vorstand der Initialgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.

#### Bankverbindung:

Berliner Sparkasse  
Konto-Nr.: 171 302 0056  
Bankleitzahl: 100 500 00

#### Geschäftsstelle der ISOR e.V.:

Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin  
Telefon: (030) 29 78 43 15  
Fax: (030) 29 78 43 16  
Postanschrift: ISOR e.V.  
Postfach 70 04 23  
10324 Berlin

#### Sprechstunden:

Dienstag 9 bis 13 Uhr  
Mittwoch 9 bis 13 Uhr  
Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Werner Wunderlich  
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.  
Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin

**Nicht wegwerfen! – Weitergeben! ★ ★ ★ Nicht wegwerfen! – Weitergeben!**